

Bürgermeister Herr Dr. Storch erläutert, dass bei der Abrechnung von Krankenkosten innerhalb der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises ein Solidarsystem besteht. Anhand dieses Solidarsystems werden Kostenspitzen bei den Krankenkosten einzelner Kommunen von allen am System beteiligten Kommunen abgedeckt.

Die Beibehaltung dieses Solidarsystems habe bei ihm Priorität erklärte er.

Der Stellvertretende Amtsleiter des Sozialamtes der Gemeinde Eitorf, Herr Pohl, erläutert die Absicherung der Krankenversorgung bei den Asylbewerbern.

Es gibt insgesamt 4 Möglichkeiten der Absicherung der Krankenversorgung:

1. Ausstellung eines Berechtigungsscheines bei Bedarf durch das Sozialamt  
Dies gilt für Asylbewerber mit einem Aufenthalt von unter 15 Monaten.  
  
alternativ
2. Gesundheitskarte (auch für Asylbewerber mit einem Aufenthalt von unter 15 Monaten)  
Die Krankenkasse rechnet die Behandlungskosten mit dem Rhein-Sieg-Kreis direkt ab.
3. Krankenversicherung nach § 264 Absatz 2 Sozial-Gesetz-Buch V (SGB V)  
Diese steht jedem Asylbewerber mit einem Aufenthalt von über 15 Monaten zu und bietet einen Versicherungsschutz die der elektronischen Gesundheitskarte entspricht.
4. Pflichtversicherung für Arbeitnehmer sobald die Anspruchsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen oder Leistungen des Jobcenters erhalten.

Zudem gibt Herr Pohl aktuelle Zahlen bezüglich der derzeitigen Asylbewerber beziehungsweise der Flüchtlinge bekannt.

Insgesamt sind in den Einrichtungen der Gemeinde Eitorf 374 Flüchtlinge einquartiert.

- 310 befinden sich noch in einem laufenden Asylverfahren
- 24 sind abgelehnt aber noch nicht abgeschoben
- 2 Personen sind geduldet
- 3 mit einer Aufenthaltserlaubnis welche einer Verpflichtungserklärung durch Angehörige unterliegen
- 1 unerlaubt eingereiste Person
- 34 mit bereits vorhandenem Flüchtlingsstatus welche einen Leistungsanspruch nach dem SGB II haben aber noch in Gemeindeunterkünften leben

Dies bedeutet, dass für 340 Personen Kosten der Krankenhilfe zu finanzieren sind.

Herr Pohl berichtet weiter über die bestehenden Gespräche mit dem Rhein-Sieg-Kreis.

Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis mit den Kommunen stimmt die SPD-Fraktion im Ausschuss zu, die Entscheidung über die Einführung der Gesundheitskarte auf eine zukünftige Sitzung zu verschieben.